

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Dr. Valerie Wilms, Claudia Roth (Augsburg), Annalena Baerbock, Harald Ebner, Matthias Gastel, Anja Hajduk, Dieter Janecek, Uwe Kekeritz, Sven-Christian Kindler, Tom Koenigs, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Peter Meiwald, Dr. Konstantin von Notz, Brigitte Pothmer, Corinna Rüffer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Frithjof Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Jürgen Trittin, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

UN-Nachhaltigkeitsziel 8 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Gipfeljahr 2015 haben wir die Chance, einen echten Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. In einer Zeit, in der weltweit Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hängen Hunger, gewaltsame Konflikte, Verlust der Biodiversität, Klimakrise, Armut- und Ressourcenkrisen eng zusammen, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander erreichen. Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir endlich die Chance für eine nachhaltige und gute Zukunft für alle nutzen wollen.

Eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz können global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland ist von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und hat zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung braucht. Zudem muss die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

UN-Nachhaltigkeitsziel 8 in Deutschland umsetzen

Mit dem UN-Nachhaltigkeitsziel 8 zur Erreichung eines dauerhaften, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums sowie von produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit greifen die VN eine Debatte auf, die auch in Deutschland parlamentarisch u. a. mit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ geführt wurde und weiterhin wird.

Der ökonomische Erfolg Deutschlands ist nicht nachhaltig, solange Menschen unter inakzeptablen Bedingungen für unsere Produkte arbeiten und deutscher Wohlstand seine eigenen ökologischen Grundlagen untergräbt. Fehlentwicklungen des globalen Wirtschaftssystems, vor allem der Finanzmärkte, haben weltweit soziale und ökologische Krisen verstärkt. Um Deutschland zukunftsfähig zu machen, braucht es einen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und einen Arbeitsmarkt, an dem alle teilhaben können, um zu einer inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu gelangen. Zentral sollte nicht das BIP Wachstum an sich sein, sondern eine Wirtschaftspolitik, die sich an Wohlstand, Lebensqualität und Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ausrichtet. Das Wirtschaftssystem muss sich frei machen vom Zwang, wachsen zu müssen.

Die Bundesregierung scheidet bisher genau daran. Sie setzt auf Wachstum durch Beton und Ressourcenausbeutung. Sie lässt zu, dass insbesondere Langzeitarbeitslose nicht vom Beschäftigungsaufbau profitieren. Sie treibt die Finanztransaktionssteuer nicht voran und hat noch immer ihr Versprechen nicht umgesetzt, dass es keine Banken mehr geben soll, die „too big too fail“ sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein neues Wohlstandsindikatorenset zu erarbeiten, das die ökologische, soziale, gesellschaftliche und ökonomische Dimension des Wohlstands erfasst und damit die Lebensqualität aller Menschen und den Zustand der Umwelt bemisst;
2. den ökologischen Umbau u. a. durch eine konsequente Umsetzung der Energiewende sowie den schrittweisen Abbau umweltschädlicher Subventionen voranzutreiben;
3. sich für stabile Finanzmärkte einzusetzen durch die Einführung einer verbindlichen Schuldenbremse für Banken sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer;
4. Rahmenbedingungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, der beispielsweise auch Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen oder Asylbewerbern Zugang zu Beschäftigung und Teilhabe gewährleistet und dem Fachkräftemangel entgegenwirkt;
5. die Rahmenbedingungen für gute und gesunde Arbeit zu verbessern durch Reformen im Bereich der Befristungen, Leiharbeit bzw. Werkverträge und durch besseren Schutz vor Stress am Arbeitsplatz.

Berlin, den 22. September 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion